



Grußwort
der Präsidentin

**Gedenkstättenreise
Abendveranstaltung**

am 23.7.2018
Rathaus Emmendingen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schlatterer,
vielen Dank für die Begrüßung.

Vielen Dank an Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die wunderbare und unkomplizierte Zusammenarbeit .

Sehr geehrter Herr Prof. Leonhard, Ich danke Ihnen jetzt schon für Ihren Vortrag. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Analyse und die Schlüsse, die wir daraus für das Gedenken heute ziehen können.

Liebe Gäste,
Ihnen allen einen schönen guten Abend.

Namentlich begrüße ich
Herrn Alexander Schoch und Frau Sabine Wölfle aus dem Landtag von Baden-Württemberg.

Sehr geehrte Damen und Herren,

für mich ist diese Veranstaltung der Schlusspunkt eines Tages voller bewegender Eindrücke.

Diese Eindrücke sind Teil einer Gedenkstätten-Reise.
 Ich besuche als Landtagspräsidentin verschiedene Orte der Erinnerung.
 Ich diskutiere mit den Menschen über ihre Ideen für die Zukunft der Einrichtungen.

An dieser Stelle herzlichen Dank an den Verbund Gedenkstätten südlicher Oberrhein.
 Und ein ganz besonderer Dank an Frau Sibylle Thelen und Herrn Prof. Reinhold Weber von der Landeszentrale für politische Bildung, die mit meinem Büro diese Gedenkstättenreise und den heutigen Abend konzipiert und organisiert haben.
 Morgen führt uns unsere Gedenkstättenreise nach Breisach und Natzweiler.

Meine Damen und Herren,

die Gedenkarbeit ist in Baden-Württemberg
 bei der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt.

Die Landeszentrale wiederum gehört zum Geschäftsbereich des Landtages.
 Darüber bin ich sehr froh.

Diese Zuständigkeit garantiert
 Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Gedenkarbeit.

- Wir haben in unserem Land das Glück,
 dass wir viele Gedenkstätten haben.

- Wir haben das Glück,
 dass wir viele Ehren- wie Hauptamtliche haben, die sich mit Leidenschaft vor Ort einbringen.

All diesen Menschen danke ich herzlich für ihre Arbeit.
 Wir brauchen sie und ihre Arbeit mehr denn je.

Erinnerungskultur prägt unsere Gesellschaft.
 Sie, Herr Professor Leonhard,
 werden am Beispiel des ersten Weltkrieges verdeutlichen:

- wie die Auseinandersetzung
 um Gedenken
 eine Gesellschaft spalten kann.

Welche Lehren man aus dem Trauma eines industriellen Krieges ziehen soll
 – darüber hat sich die Weimarer Republik zerstritten.
 Die Antworten brachten Versuche der Versöhnung mit dem Erbfeind Frankreich hervor,
 aber auch die Dolchstoßlüge und antisemitische Verschwörungstheorien.

Dem gegenüber steht in der Bundesrepublik
 ein beeindruckender Konsens:

Die übergroße Mehrheit der Menschen hält Gedenken
 nicht nur für wichtig,
 sondern geradezu für identitätsstiftend.

Laut einer aktuellen Studie der Uni Bielefeld
 sagen 68 Prozent der Bürgerinnen und Bürger,

Deutschland habe wegen der Zeit des Nationalsozialismus eine besondere moralische Verantwortung.

Die gleiche Studie zeigt,
dass dies den Stolz auf das eigene Land nicht schmälert.

Das ist kein Widerspruch.

Wir alle können stolz auf bald 70 Jahre Grundgesetz sein

-auf das stabile,
demokratische Gemeinwesen,
das aus den Trümmern des 2. Weltkrieges
gewachsen ist.

Die Befragten der Studie haben außerdem fest im Blick,
dass Geschichte relevant für das Hier und Jetzt ist.

Fast 80 Prozent halten es für sehr wichtig,
dass Schülerinnen und Schüler im Geschichtsunterricht lernen,
welchen Schaden Rassismus anrichtet.

Meine Damen und Herren,

Je größer das Wissen, wo wir herkommen, umso leichter fällt es uns, die Gegenwart zu verstehen,
umso sicherer sind wir im Urteil, was der richtige Weg für die Zukunft sein kann.

Nach dieser Philosophie arbeiten auch unsere Gedenkstätten.

- Sie arbeiten an einer breit verankerten Erinnerungskultur.
- Einer Erinnerungskultur,
die Wissen und Werte vermittelt.
- Einer Erinnerungskultur,
die ausgerichtet ist auf die Würde des Einzelnen
und den Schutz von Minderheiten.

Als solche ist sie leider vermehrt Angriffen ausgesetzt.

In der Weimarer Republik hat das Auseinanderdriften
der Gesellschaft in gegnerische Milieus

den Weg geebnet für demokratie-feindliche Kräfte.

Versuche,
die Gesellschaft durch ein
„Wir gegen die“ zu spalten,
erleben wir auch heute.

Erinnerungskultur ist Schauplatz dieser Auseinandersetzung.

Auch im Landtag von Baden-Württemberg
hat ein Abgeordneter
die Forderung nach einem Schluss-Strich
unter das Gedenken
an die Vernichtung der europäischen Juden
erhoben.

Meine Damen und Herren,

es kann und darf keinen Schlusstrich geben.

Geschichte
ist keine Abfolge in sich abgeschlossener Ereignisse.
Gerade ein so brutaler und tiefer Einschnitt
wie der Holocaust
ist eben kein Vogelschiss,

den man vom glänzenden „Made in Germany“-Lack
einfach mal abwischen kann.

Der Holocaust hat eine lange Vorgeschichte
rassistischer und antisemitischer Denkmuster
– die mit der Befreiung am 8. Mai 1945 auch nicht
komplett verschwunden sind.

Zugleich wirkt der Holocaust bis heute nach
- nicht zuletzt in der Gegenreaktion,
die das Grundgesetz mit seinem Bekenntnis
zu Freiheit, Vielfalt, streitbarer wie wehrhafter Demokratie
formuliert.
Mit „Vogelschiss“ anzudeuten,

Gedenken sei beschränkt auf eine kurze
und außerdem ja immer weiter zurückliegende Zeitspanne
ist eine relativierende
und geschichtsverfälschende Denkweise.

Dahinter steckt ein politisches Kalkül,
dass das Wertefundament unserer Gesellschaft angreift.

Umso wichtiger ist,
dass wir uns immer wieder bewusst machen:

- woher unsere heutige Stärke rührt,
- warum unsere Grundwerte in unserer Verfassung
so und nicht anders
formuliert sind.

Unsere Gedenkstätten tun dies mit Engagement
und Rückendeckung.

Seit 2011 hat der Landtag die Mittel verfünffacht.
 Jeder zweite Euro der aufgestockten Förderung fließt
 in pädagogische Vermittlungsarbeit.

Die Voraussetzungen sind also gut,
 um die aktuellen Herausforderungen anzugehen.

Diese sind nicht klein.
 Denn es gibt kaum noch Zeitzeugen.

Damit droht Geschichte weniger fassbar zu werden.

Welche anderen Formate brauchen wir also,

- wenn niemand mehr da ist,
 der uns noch sagen kann,
 wie sich der Hunger eines Kriegswinters anfühlt,
- wie die Flucht aus besetzten Gebieten,
- wie die Entbehrungen des Wiederaufbaus,
- oder wie die Freude, wieder in Freiheit zu leben.

Diese Erfahrungen müssen wir so aufarbeiten,
 dass sie eine ähnliche,
 auch emotionale Kraft erreichen
 wie die Begegnung mit Zeitzeugen.

Die Digitalisierung bietet uns dazu viele Chancen.

Nutzen wir sie mit den Leitfragen:

- Wie schaffen wir aus unserem umfangreichen Material ein interaktives Geflecht,
 in dem Bürgerinnen und Bürger
 Zusammenhänge in der Geschichte,
 aber auch zur Gegenwart entdecken?
- Wie können wir den vielen Opfern
 und den Kämpferinnen und Kämpfern für Demokratie mit den heutigen technischen
 Möglichkeiten
 Gesicht verleihen?
- Wie können wir noch greifbarer machen,
 dass es bei Geschichte um Menschen geht,
 die in unserer Nachbarschaft
 gelebt und dort Spuren hinterlassen haben?

Dazu müssen wir uns auch pädagogisch umstellen.

Das ist aus meiner Sicht die beste Prävention
 gegen Demagogen.

Denn diese sehen Opfer als Statistik,
 die in 1000 Jahren Geschichte doch nicht so sehr ins Gewicht falle.

Meine Damen und Herren,

ich bin überzeugt,
gerade in der Schule
müssen wir noch weiter umdenken
als nur von analog zu digital.

In den Schulen sitzen heute viele Kinder,
deren Eltern und Großeltern nicht in Deutschland geboren sind.
Das erfordert eine andere Ansprache,
um über dunkle Kapitel deutscher Geschichte zu reden.

Wer keine Vorfahren hat,
die den Nationalsozialismus

- erlebt,
- mit gestaltet
- oder bekämpft haben,

kann das Thema erst mal wegschieben
– nach dem Motto:
Schlimm,
aber was hat das mit mir zu tun,
das ist die Geschichte der anderen
und ich habe keine Lust auf Klassenfahrt nach Dachau.

Lehrerinnen und Lehrer sind auch aus diesem Grund
mehr denn je aufgerufen,
Geschichte ins Jetzt zu holen.
Die Ideologie des Nationalsozialismus
war
antisemitisch im Besonderen
und
rassistisch im Allgemeinen.

Das heißt,
wenn die Urgroßeltern dieser Schülerinnen und Schüler damals in Deutschland gelebt hätten,
wären sie dieser Ideologie sehr wahrscheinlich zum Opfer gefallen
– sie wären wahrscheinlich in Dachau oder anderswo gelandet.

Ich glaube, dass man über diesen Hebel,
über diese Verbindung, Gedenkkultur in alle Teile der Gesellschaft tragen kann.

Dazu brauchen Lehrerinnen und Lehrer
Schulung, Unterstützung, Haltung
– nicht nur dann, wenn Geschichtsthemen auf dem Lehrplan stehen.

Auch auf diesem Feld ist die Landeszentrale für politische Bildung bereits aktiv.
Aber wir müssen diese Angebote noch weiter in die Fläche bringen.
Und wir müssen Schritt halten
mit dem Lebensumfeld von Schülerinnen und Schülern.

Damit Lehrkräfte souverän reagieren können,
wenn zum Beispiel populäre Rapper wie
Kollegah und Farid Bang in Songtexten prahlen,
dass ihr Körper definierter sei
als der von Auschwitz-Insassen.

Meine Damen und Herren,

ich werde mich weiterhin dafür einsetzen,
dass Politik die Voraussetzungen schafft,
um pädagogische Konzepte für eine zeitgemäße
und mutige Gedenkkultur zu entwickeln.

Eine Gedenkkultur,
die in unsere heutigen Klassenzimmer passt.

Eine Gedenkkultur,
die außerdem nach Europa passt.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit
der hiesigen Außenstellen des KZ Natzweiler
mit den französischen Gedenkstätten
halte ich für beispielgebend.

Sie bettet nicht nur Geschichte in den europäischen Kontext ein.
Sie schafft eine gemeinsame Gedenkkultur.
Sie festigt damit unser gemeinsames Demokratieverständnis.

Diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit
gibt eine Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen,
vor denen wir in ganz Europa stehen.
Gedenken heißt in diesem Zusammenhang:

Dass wir uns

- der Wurzeln unserer demokratischen Gesellschaftsordnung versichern,
- uns vor Augen halten,
was wir verlieren,
wenn sie sich auflöst

Dass wir verstehen,
dass ihr Erhalt
für uns und unsere Kinder
eine Schicksalsfrage ist.

Herzlichen Dank.